Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur: Erich Alfringhaus, Berlin. Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8 Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Nachdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalserste, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 25. Oktober 1930

Der neue Haushaltsplan.

Starke Bedenken der Sozialdemokratie.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

SPD. Die Reichsregierung hat am Freitag den Entwurf des Haushaltsplans für 1931/1932 verabschiedet. Er soll in Einnahmen und Ausgaben mit 10½ Milliarden balancieren. Da der Reichshaushalt für das laufende Jahr 1930/31 die Höhe von rund 12 Milliarden erreichen wird, so würde das eine Senkung der Reichseinnahmen und Ausgaben um rund 1500 Millionen bedeuten.

Um die Richtigkeit dieser Angaben nachzuprüfen, muss man genauere Zahlen als die bisher veröffentlichten abwarten. Einstweilen haben wir den Eindruck, als ob die Rechnung der Regierung eine Fülle von sachlichen und politischen Fehlern enthält. Wir glauben infolgedessen nicht, dass die Angabe der Höhe des künftigen Haushaltsbedarfs richtig ist, wir sehen auch in den Vorschlägen der Regierung noch keine Sicherheit für die Ausbalancierung des Reichsetats.

Die sachlichen Fehler in der Rechnung der Regierung befinden sich sowohl in der Schätzung der Einnahmen als auch in der der Ausgaben. Bei den Einnahmen treten zu dem Ausfall infolge Rückgangs der Steuererträge, sowie der Verminderung der Vermögenssteuer, der Aufbringungsumlage, der Umsatzsteuer, der Kapitalertragsteuer und der Obligationensteuer noch andere Ausfälle hinzu. Sie werden in der Hauptsache hervorgerufen durch den Fortfall von einmaligen Einnahmen die nur im Jahre 1930 erzielt wurden, die für das Jahr 1931 aber nicht in Frage kommen. Das sind 175 Millionen. Dazu treten 50 Millionen aus dem Fortfall von Reichsbahnvorzugsaktien, da nicht 150, sondern 200 Millionen in diesem Jahre aus dem Verkauf erlöst wurden. Die Aufhebung der Kapitalertragsteuer dürfte nicht 60 sondern 100 Millionen kosten. Bereits auf der Einnahmeseite zeigt sich also eine Verschlechterung von 265 Millionen gegenüber den Angaben der Regierung.

Ähnliche Rechenfehler scheinen sich auf der Ausgabenseite zu befinden. Die Verminderung der Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung beträgt nicht 500, sondern 575 Millionen. Der Aufwand für die Krisenfürsorge ist angesichts der dauernd steigenden Zahl von Krisenunterstützungsempfängern mit 420 Millionen wesentlich zu niedrig angesetzt. Vor allem aber sind die Kürzungen an den Überweisungen für Länder und Gemeinden kaum durchführbar, da sie bei den steigenden Wohlfahrtslasten der Gemeinden deren Finanzen vollkommen zerrütten würden. Die Beamtengehaltskürzung ist demgegenüber keine hinreichende Entlastung. Selbs die Inanspruchnahme der Steuerquellen für die Gemeinden aus der Notverordnung könnte kein ausreichender Ersatz sein.

Aber weit wichtiger als diese sachlichen Fehler scheint uns die Tatsache zu sein, dass einstweilen die Regierung kaum für irgend einen ihrer Vorschläge eine sichere Mehrheit hat. Gegen die Heraufsetzung der Freigrenze bei der Vermögenssteuer von 5000 auf 20 000 Mark, gegen die Freilassung der Umsätze unter 5 000 Mark von der Umsatzsteuer wird man entscheidende Bedenken nicht geltend machen brauchen. Trotzdem bleibt die Frage, ob der jetzige Augenblick der Fi-

nanznot der richtige ist, um solche Steuerermässigungen vorzunehmen, zumal die Ersparnisse an Verwaltungskosten sich erst in späteren Jahren auswirken können. Wesentlich stärker sind die Bedenken gegen die Verminderung der Aufbringungsumlage um 120 Millionen, gegen den Fortfall der Kapitalertragsteuer und der Obligationensteuer. Das sind einseitige, in erster Linie den Grossbesitz entlastende Massnahmen, die in der jetzigen Zeit überhaupt nicht verständlich sind. Völlig ablehnend steht die Sozialdemokratie dem Fortfall der Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung gegenüber, obwohl die Erhöhung der Beiträge auf 6½ % im Jahre 1931 sicher geringere Zuschüsse vom Reich verlangen wird als 1930

Einstweilen aber handelt es sich bei den Vorschlägen der Regierung um Pläne, die zwar im Zusammenhang mit den 2½ Dutzenden geplanten anderen Gesetzentwürfen in den nächsten Monaten Reichsrat und Reichstag sehr ausgiebig beschäftigen werden, deren Verwirklichung aber wohl kaum ohne grosse Änderungen möglich sein dürfte.

SPD. Meldorf, 25.Oktober (Eig.Drahtb.)

Im Meldorfer Prozess, in dem sich Hitlerianer zu verantworten hatten, die vor wenigen Wochen Anhänger der Strasser-Opposition blutig prügelten, wurden am Sonnabend acht Angeklagte zu Gefängnisstrafen von einem Monat bis vier Monaten verurteilt. Mehrere Angeklagte, denen die Beteiligung an der Prügelei nicht einwandfrei nachgewiesen werden konnte, wurden freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte für 9 Angeklagte Gefängnisstrafen von 3 - 8 Monaten beantragt.

SPD. Heilbronn, 25.Oktober (Eig.Drahtb.)

Der 23 jährige Führer der Heilbronner Ortsgruppe der Nationalsozialisten, Jakob Mayer, der früher der Kommunistischen Partei angehört hat, wurde wegen Beleidigung des Sozialdemokraten Knapper vom "Neckar-Echo" zu 25 Mark Geldstrafe verurteilt. Für die Behauptung, dass Knapper eine Denunziation begangen habe, konnte nicht der geringste Beweis erbracht werden.

Ausserdem hatte sich Mayer zu verantworten, weil er den Redakteuren des "Neckar-Echo", dem Reichstagsabgeordneten Ulrich und dem Gemeinderat Müller, nachgesagt hat, sie hätten im Kriege ihre Pflicht nicht getan, seien meistens in der Etappe gewesen, hätten zu denen gehört, die Landesverrat verübten und insbesondere Ulrich hätte als Vorgesetzter seine Leute schlecht behandelt. Mayer hatte gegen beide Widerklage erhoben, weil das "Neckar-Echo" bei der Kennzeichnung der Verlogenheit dieser Behauptung darauf aufmerksam gemacht hat, dass Mayer, obwohl er in Versammlungen mit Redewendungen wie "ihr Frontsoldaten" um sich wirft, zu der Zeit als Ulrich und Müller an der Front gestanden haben erst sieben Jahre alt gewesen sei und höchst wahrscheinlich noch die Hosen genässt hätte. Die Verhandlung, in der zahlreiche Zeuge vernommen wurden, ergab den völligen Zusammenbruch sämtlicher Beschuldigungen des Mayer. Trotzdem kam der Einzelrichter dazu, den Angeklagten und die Wiederbeklagten freizusprechen und ihnen je die Hälfte der Kosten aufzuerlegen. Ulrich und Müller haben gegen diese Entscheidung sofort Berufung eingelegt.

In einer dritten Klage hatte sich Mayer, als dessen Verteidiger der juristische Berater Adolf Hitlers, Rechtsanwalt Dr. Frank aus München auftrat, wegen Beleidigung des Chefredakteurs des "Vorwärts", Stampfer, und des Verlegers des Vorwärts Glocke aus Berlin, sowie der Heilbronner Sozialdemokraten Ulrich, Müller und Knapper zu verantworten, weil er behauptet hatte, der "Vorwärts" hätte von dem Juden Goldschmidt über 800 000 Mark erhalten und auch das "Neckar-Echo" hätte von diesem Betrag etwas abbekommen. In diesem Fall wurde Mayer zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: "Das Reichskabinett beschäftigte sich am Sonnabend mit der ernsten Lage der Landwirtschaft. Reichsernährungsminister Schiele unterbreitete dem Kabinett die Vorschläge, die den innerdeutschen Absatz von landwirtschaftlichen Erzeugenissen unter allen Umständen sicherstellen und einen entsprechenden Mehrverbrauch insbesondere von Roggen und Kartoffeln herbeiführen sollen. Das Kabinett stimmte diesen Vorschlägen zu, Es herrschte Uebereinstimmung darüber, dass die dringenden Massnahmen beschleunigt in Kraft treten müssten. Das Kabinett war sich auch darüber einig, dass die Wiederherstellung der Rentabilität Voraussetzung für alle weiteren Massnahmen zur Milderung der Notlage im deutschen Osten darstelle.

Das Reichskabinett beschäftigte sich des weiteren mit den Fragen der Kohlenpreise. Es wird dafür Sorge getragen werden, dass die Preissenkung von 6 Prozent, die das mitteldeutsche und das ostelbische Braunkohlensyndikat beschlossen haben, auch dem Hausbrand zugute kommt."

\+ + +

Die von der Reichsregierung nach der obigen Meldung in Aussicht genommenen Massnahmen beziehen sich auf eine Erhöhung des Weizenzolls, auf einen Verwendungszwang für landwirtschaftliche Erzeugnisse, wie Gerste, Mais, Kartoffeln, tierische Produkte usw. Die Mehrzahl dieser Massnahmen wird in Form von Gesetzen dem Reichsrat zugehen und in der Dezembertagung den Reichstag beschäftigen. An ihre Verwirklichung auf Grund des § 48 der Reichsverfassung ist nicht gedacht. Nur soweit durch bestehende Gesetze dem Kabinett die Ermächtigung gegeben ist, selbständig Verordnungen, wie zum Beispiel zur Zollerhöhung, zu erlassen, werden die entsprechenden Schritte im Zusammenhang mit dem Reichsrat und dem zuständigen Ausschuss des Reichsrats erfolgen.

SPD. Stuttgart, 25.Oktober (Eig.Drahtb)

Aus der Deutschen Demokratischen Partei Württembergs sind jetzt auch die bekannte Frauenrechtlerin und frühere Abgeordnete Mathilde Planck und die Dichterin Anna Schieber ausgetreten. Es ist bemerkenswert, dass nach dem vor einigen Tagen gemeldeten Austritt der Vorsitzenden der Frauengruppe, Frau Dr. Oswald, und der Stuttgarter Gemeinderätin Frau Dr. Kopp, eine Versammlung der Frauengruppe mit der einstimmigen Annahme einer Sympathie-Erklärung für die ausgeschiedenen Frauen endete. Die Demokratische Partei scheint allmählich immer mehr in einen Zustand völliger Auflösung hinein zu geraten.

SPD. Der preussische Ministerpräsident Dr. Otto Braun hatte am Sonnabend eine längere Unterredung mit dem Reichskanzler, in deren Verlauf zahlreiche schwebende politische Fragen erörtert wurden. Im Laufe der Woche wird der Reichskanzler zunächst mit Vertretern der mitteldeutschen Länder und dann mit der sächsischen Regierung Besprechungen führen.

Das Ziel dieser Unterredungen ist für das Finanzprogramm der Regierung im Reichsrat eine möglichst breite Basis zu schaffen und damit den Gang der Beratungen dieses Programms im Reichstag zu erleichtern.

SPD. Schweidnitz, 25.Oktober (Eig.Dr.)

Der kommunistische Stadtverordnete des Schweidnitzer Stadtparlaments und Betriebsratsvorsitzende Rauer ist zur Sozialdemokratischen Partei übergetreten. Er begründet seinen Schritt mit folgendem Schreiben an den Vorstand der SPD:

"Hiermit erkläre ich meinen Eintritt in die Sozialdemokratische Partei. Sechs Jahre habe ich meine Kräfte der KPD zur Verfügung gestellt. Das unsinnige

Treiben der Kommunisten gegenüber den Gewerkschaften, das nur die Zerschlagung der Gewerkschaften zum Ziele hat, hat mich erkennen lassen, dass sich die Politik der KPD nur zum Schaden der Arbeiterschaft auswirken kann. Die Gründung der RGO blieb eine unverantwortliche Spaltung der Arbeiterbewegung in einer Zeit, in der nur die Geschlossenheit der Arbeiterschaft die reaktionären und faschistischen Angriffe des Unternehmertums erfolgreich abwehren kann. Deshalb lege ich auch mein Stadtverordnetenmandat nicht nieder, sondern ich werde mit der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion die Interessen meiner Wähler, ganz besonders der städtischen Arbeiter, vertreten."

SPD. Die Ausschüsse des Reichsrats haben die erste Beratung der Regierungsvorlage über die Wahlreform abgeschlossen. Eine zweite Lesung ist für den 3.November in Aussicht genommen. Die Verabschiedung der Wahlreformvorlage durch das Plenum des Reichsrats dürfte dann am Donnerstag, den 6.November, erfolgen.

\+ + +

Im Rechtsausschuss des Reichstags führt der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Frank II-München den Vorsitz. Stellvertreter des Vorsitzenden ist der sozialdemokratische Abgeordnete Landsberg. Der volksparteiliche Abg. Dr. Kahl, der im alten Reichstag den Vorsitz des Rechtsausschusses wie des Strafrechtsausschusses hatte, gehört dem Rechtsausschuss nicht mehr an. Er wird den Vorsitz des neu zu bildenden Strafrechtsausschusses erhalten.

SPD. Frankfurt/M., 25.Oktober (Eig.Dr.)

Am Sonnabend wurde der Presse Gelegenheit gegeben, das nunmehr fertiggestellte neue Verwaltungsgebäude der I.G.Farbenindustrie A.G. in Frankfurt zu besichtigen. Das Gebäude liegt zwischen der Grünen Burg, dem Stammsitz der Rothschilds und der Hundswiese.

Im Herbst 1928 erteilte die Direktion auf Grund eines Wettbewerbes Professor Poelzig-Berlin den Auftrag zur Errichtung des Baues. Die Oberleitung lag in den Händen der Architekten Karl Blattner und Eugen Jack. Das riesenhafte Verwaltungsgebäude besteht aus einem Hauptteil, der 254 Meter Länge und 36 Meter Höhe hat und aus 6 Querflügeln. Die gesamte bebaute Fläche ist 23 000 qm gross. Zur Errichtung des Gebäudes mussten 70 000 cbm Erde bewegt und 4 Millionen Backsteine, dazu 30 000 Travertinplatten herbeigeschafft werden. Im Hause liegen 11 Kilometer Wasserleitung, 40 Kilometer Heizung und 150 Kilometer elektrische Leitung. In der Nähe des Verwaltungsgebäudes liegt die grosse Siedlung mit den Wohnungen für die Beamten.

SPD. Lauenstein, 25.Oktober (Eig.Drahtb.)

Der seit 1927 bestehende Deutsche Republikanische Studentenbund veranstaltet zur Zeit auf der Burg Lauenstein in Oberfranken sein drittes Bundestreffen in Form einer Staatsbürgerlichen Arbeitstagung, die der Erörterung des Themas: "Die geistige Ueberwindung des Faschismus" gewidmet ist.

Das grosse Interesse, das diese republikanische Studententagung findet, bekundet sich durch eine ungewöhnlich starke Beteiligung der republikanischen Studenten. Von Königsberg bis Frankfurt am Main, von Kiel bis München sind Delegierte erschienen. Eine grosse Anzahl Ehrengäste bekundet ihre Verbundenheit mit den Zielen der Studenten. So sind anwesend Regierungspräsident Dr. Harnack -Merseburg, Ministerialdirektor a.D. Spiecker-Berlin, die Universitätsprofessoren Herz-Halle und Schmeidler-Erlangen, Bundesgeschäftsführer Gebhardt-Magdeburg vom Reichsbannerbundesvorstand u.a. Begrüssungstelegramme hatten die preussischen Minister Severing und Grimme, Reichstagspräsident Löbe, Reichs-

kanzler a.D. Hermann Müller, Oberbürgermeister Beims u.a. gesandt.

Der erste Tag brachte eine temperamentvolle Eröffnungsansprache des Gründers des D.R.St., des Regierungsassessors Walter Kolb über das Thema "Volksstaat in Gefahr". Der Redner charakterisierte das vollkommene Versagen des deutschen politischen Bürgertums, das zwar ausgezeichnet Kauf- und Geschäftsleute ausgebildet habe, aber als Preis dafür, dass man ihm seine Kreise nicht störe, dem Adel kampflos Staat und Verwaltung überlassen habe. Bismarck habe den Grund dazu gelegt; er habe sich vor der Geschichte der Entmannung des politischen deutschen Bürgertums schuldig gemacht. Aus Angst vor dem aufstrebenden vierten Stand habe sich das Bürgertum damit abgefunden. Zum Schluss forderte Kolb unter starkem Beifall, dass man die republikanische Propaganda in die Marinestädte und auf das Land tragen müsse.

Der Vortrag des jugendlichen Regierungsrats Hans Muhle über "Krise des Parlamentarismus" war mit Gedankenfracht reichlich beladen. Die Hauptthese vertrat die Befürchtung, dass das Parlament hinter Justiz, Verwaltung und Wirtschaft zu sehr zurücktrete. Der Staat müsse mit allen, eventuell auch mit ungewöhnlichen Mitteln versuchen, seine Autorität wieder herzustellen. Der weitgehende Pessimismus des Redners wurde besonders durch sozialistische Studenten und einige jüngere sozialdemokratische Verwaltungsjuristen sehr geschickt und wirkungsvoll abgewiesen. Von Harnack erklärte, dass dem Parlament wieder eine andere Position im öffentlichen Bewusstsein verschafft werden müsse, Trotzdem müsse man es so, wie es sei, bejahen. Allerdings besteht kein Zweifel, dass zuviel Gesetze gemacht werden.

Den ersten Abend schloss bei feierlichem Kerzenschimmer eine Weihestunde, die Karl Bröger den jungen Menschen bereitete.

SPD. Paris, 25.Oktober (Eig.Drahtb.)

Paris, das wie selten eine Stadt fähig ist, Festesfreude und Enthusiasmus auf den Gipfel zu treiben, war es auch bei der Ankunft Costes und Bellontes gelungen, trotz des starken Regens eine Stimmung wahren nationalen Triumphes wachzurufen. Ein endloser Pilgerzug, bestehend aus allen Arten von Verkehrsmitteln, sowie Tausende von Fussgängern strömten in den frühen Morgenstunden des Sonnabend nach dem Flugfeld von Le Bourget hinaus, um bei der Ankunft der Ozeanflieger mit dabei zu sein.

Strömender Regen und Hagelschauern liessen es vorerst überhaupt unbestimmt erscheinen, ob die Flieger zur festgesetzten Zeit in Bléville würden starten können. Doch geduldig, von triefenden Regenschirmen schlecht und recht geschützt, belagerte eine unübersehbare Menge den Flugplatz. Um ½1 Uhr mittags war zunächst ein mächtiges Surren zu vernehmen. An der Spitze eines grossen Luftgeschwaders, und zwar von zahlreichen Jagdflugzeugen des 34.Flieger-Regimentes, sowie aus zahlreichen Privatflugzeugen, flog ein einzelnes stattliches Flugzeug, es war das rote "Fragezeichen". Sofort erhoben sich Tausende von Stimmen, "Bravo, Bravo", und schon hatten einige Stürmer den Polizeikordon durchbrochen und rannten über das regendurchweichte Flugfeld. Das "Fragezeichen" landete glatt.

Luftfahrtminister Laurent-Eynac nahm die Flieger in Empfang und geleitete sie durch die reich geflaggten Strassen von Paris zum Präsidentenpalais, wo Doumergue, umgeben von der gesamten Regierung Costes und Bellonte erwartete. Nach einer kurzen Ansprache wurden den Fliegern die Insignien, und zwar Coste die des Kommandeurs, Bellontes die des Offiziers der Ehrenlegion überreicht. Der Präsident der Stadtverwaltung von Paris, de Castellane, bemächtigte sich danach der beiden Flieger, die in einem offenen Auto, auf dessen Flanken ein grosses weisses Fragezeichen gemalt war, Platz nahmen. In langsamer Fahrt, begrüsst und bejubelt von der Pariser Bevölkerung, ging es über die grossen

Boulevards zum Rathaus. Hier nahmen die Flieger auf einer grossen Estrade Platz und liessen ein halbes Dutzend Reden über sich ergehen, nicht zu vergessen eine Ode, gedichtet und vorgetragen von der bekannten Madame de Noailles. Tausende von Schulkindern defilierten vorbei, immer neue Blumensträusse und Gedichte heran- und vortragend. Nach der Überreichung der Stadtmedaille wohnten die Flieger am Sonnabend als letzte Anstrengung dem Festbankett des Aero-Clubs von Frankreich bei.

SPD. Die Monatsbilanzen der deutschen Banken vom 30.September geben ein gutes Spiegelbild der verworrenen politischen Verhältnisse. Bei sämtlichen 90 Privatbanken sind die fremden Gelder von 14 314 auf 14 203 Millionen Mark zurückgegangen. Bei den 6 Berliner Grossbanken sind die Kreditoren um 132 auf 11 672 Millionen verringert ausgewiesen. Besonders bemerkenswert ist, dass die über 7 Tage bis zu 3 Monaten fälligen Gelder um 538 bis auf 5 144 Millionen abgenommen haben.

Die Ursache für die Abnahme dürfte in erster Linie in der Kündigung ausländischer Gelder zu sehen sein. Ferner aber haben auch inländische Geldgeber aus der allgemeinen Misstrauenspsychose heraus ihre langfristig angelegten Gelder neuerdings kurzfristig angelegt, sofern sie nicht Kündigungen vorgenommen haben

---

SPD. Paris, 25.Oktober (Eig.Drahtb.)

Ein Prager Abendblatt hatte dieser Tage gemeldet, dass die Kleine Entente sich bei der letzten Völkerbundstagung in Genf über eine Reihe von Zwangsmassnahmen gegen Ungarn geeinigt hätte, die im Falle einer Restauration der Habsburger ergriffen werden sollten.

Der "Temps" glaubt am Sonnabend diese Meldung vollinhaltlich bestätigen zu können. Die Kleine Entente sei im gegebenen Falle fest entschlossen, schreibt das Blatt, die Wirtschaftsblockade gegen Ungarn zu erklären, alle diplomatische Beziehungen abzubrechen und die Grenzen für jeden Verkehr zu sperren. Der Beschluss sei übrigens den grossen Völkerbundsmächten sowie der spanischen Regierung offiziell mitgeteilt worden. Seine Durchführung könne also für den Fall der Rückkehr der Habsburger für niemand eine Überraschung sein.

SPD. Nacheinander in Bolivien, in Peru, in Argentinien und schliesslich auch in Brasilien ist eine Umsturzbewegung erfolgreich zum Abschluss gebracht worden.

Die kurze zeitliche Reihenfolge dieser sogenannten Revolutionen auf dem gleichen Kontinent lässt auf eine gemeinsame tiefere Ursache schliessen: die Wirtschaftkrise. Überproduktion, Preisstürze, missglückte Sanierungs- und Valorisierungsaktionen, wachsende Verschuldung an das ausländische, vor allem an das nordamerikanische Bankkapital haben das Prestige der einzelnen Staatsoberhäupter und ihres nächsten politischen Anhanges erschüttert. Unzufriedene oder ehrgeizige Militärs haben sich mit oppositionellen Politikern verbündet und in verhältnismässig kurzer Zeit die regierenden Kreise davongejagt. Der schliesslich erfolgte Rücktritt des Staatsoberhauptes war in allen diesen vier Staaten gleichbedeutend mit dem "Siege der Revolutionäre". In jedem einzelnen Falle ist ein Militärdirektorium gebildet worden, um die Regierung mit den Mitteln der Diktatur "einstweilen" auszuüben. Neuwahlen sind von den neuen Männern versprochen worden, wie überhaupt die demokratischen Verfassungen dieser südamerikanischen Republiken nach den Versicherungen der erfolgreichen Putschisten nur vorübergehend ausser Kraft gesetzt bleiben sollen.

In der Tat, es handelt sich bei diesen südamerikanischen Revolutionen nicht um einen Wechsel des Regimes, sondern nur um die gewaltsame Ablösung einer Regierungsclique durch eine andere. Nicht weltanschauliche und noch viel weniger soziale Gegensätze sind da ausgetragen worden, sondern nur persönliche Rivalitäten. Darin unterscheiden sich südamerikanische Umsturzbewegungen grundsätzlich von dem, was man in Europa unter "Revolutionen" versteht. Die Wirtschaftskrise war nur der Anlass und der Vorwand, um breite Schichten der Bevölkerung und grosse Teile der Armee für den Kampf gegen den jeweiligen Herrscher in Bewegung zu setzen. Aber es wäre eine Illusion, wollte man meinen, dass irgendetwas an der sozialen Lage der Massen oder überhaupt an der Wirtschaftskrise geändert werden kann, weil die Clique X durch die Clique Y abgelöst worden ist. Für gewisse politische, militärische und kapitalistische Kreise, die miteinander eng verflochten sind, ist es natürlich von entscheidender Bedeutung, ob man selbst an der Krippe sitzt und das Land mit Hilfe der Verwaltung leichter ausbeuten kann, oder ob man in die Opposition gedrängt wurde. Aber für die grossen werktätigen Massen, die politisch ungeschult und gewerkschaftlich unorganisiert sind, ist ein solcher Personenwechsel unter den "oberen Zehntausend" ziemlich gleichgültig. Freilich sind die Massen, ob eingewanderte Weisse oder einheimische Mischlinge, politisch so ungeschult und naiv, dass sie das nicht erkennen und sich für oder gegen die "Revolutionäre" begeistern, ja sogar totschiessen lassen. Es wird noch einer jahrzehntelangen Aufklärungsarbeit durch den Sozialismus bedürfen, der in Südamerika noch in den Kinderschuhen steckt, bis die Massen erkennen, worauf es bei einer wirklichen Revolution ankommt.

Dass die Umsturzwirren in Brasilien im Gegensatz zu dem verhältnismässig raschen Erfolg der anderen Putsche in Argentinien, Peru und Bolivien, erst nach etwa zwei Wochen durch den Sturz des amtierenden Präsidenten Washington Luiz zum Abschluss gebracht worden sind, liegt an der ungeheuren Ausdehnung des Landes und an seinem bundesstaatlichen Charakter. Im Norden, bei Pernambuco, und im Süden, im Rio Grande del Sul, war die Bewegung zuerst ausgebrochen und schnell erfolgreich gewesen, aber mit Ausnahme des zentral gelegenen Staates Minos Geraes waren wochenlang die wichtigsten Plätze Brasiliens, die Hauptstadt Rio de Janeiro und die Handelsstadt Sao Paulo, scheinbar fest in der Hand der Bundesregierung geblieben. Scheinbar! Bis zuletzt meldete die Regierung täglich militärische Erfolge über die Aufständischen, noch zwei Stunden vor der Rücktrittserklärung des Präsidenten Luiz hatte der amerikanische Botschafter in Rio dem Staatsdepartement in Washington telegraphiert, dass alles ruhig sei und der Regierung keine unmittelbare Gefahr drohe. Ein einziges meuterndes Regiment in der Hauptstadt hat aber genügt, um das Blatt vollständig zu wenden. Die Marine, d.h. wohl vor allem einige höhere Marineoffiziere haben, genau so wie es wenige Wochen zuvor in Buenos-Aires geschehen war, sich für die Putschisten erklärt und damit war die Herrschaft des Präsidenten Luiz zu Ende. Auch sein bereits gewählter Nachfolger Justo Prestes, der in drei Wochen das Amt des Staatsoberhauptes antreten sollte, hat sich aus dem Staube gemacht. Die revoltierenden Generäle und Admiräle werden nun unter sich den kommenden Präsidenten bestimmen, der natürlich mit überwältigender Mehrheit "vom Volke" gewählt werden und regieren wird - bis zum nächsten Putsch.

SPD. Paris, 25.Oktober (Eig.Drahtb.)

Die sozialistische Wochenschrift "Lumière" befasst sich in ihrem Leitartikel am Sonnabend mit dem Problem der Schulden und Reparationsverträge und erklärt, dass ganz Europa in dieser Frage solidarisch sein müsse. Wenn Amerika auch jetzt noch nicht zur Annullierung oder Stundung der interalliierten Kriegsschulden bereit sei, so müsse man doch schliesslich eines Tages durch die Gewalt der Tatsachen dahin gelangen. Man müsse aber vor allem in Frankreich

sich genau bewusst sein, dass bei dieser Frage nicht das Interesse Deutschlands allein auf dem Spiele stehe, sondern ebenso gut das Interesse Frankreichs, Europas und der ganzen Welt. Es handele sich nämlich letzten Endes um die Sache der unglücklichen Arbeitslosen aller Länder, um die Sache der internationalen Verständigung und des Friedens. Dabei müsse es gleich sein, ob jene Kreise in Amerika, die für ein Moratorium einträten, Frankreichs oder Deutschlands oder Dr. Schachts Freunde seien. Die Sache, die sie verteidigten, sei jedenfalls die des allgemeinen Wohls Europas und der Welt.

SPD. Köln, 25.Oktober (Eig.Drahtb.)

Die Kündigungen beim Westdeutschen Rundfunk, über die wir vor einigen Tagen berichteten, haben - wie der Aufsichtsrat feststellt, keinen Personalabbau, sondern lediglich eine Neuregelung der Angestelltenverhältnisse zum Zweck. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, das Anstellungsverhältnis sämtlicher Angestellten in Anlehnung an die bei den deutschen Rundfunkgesellschaften üblichen und für die Reichsangestellten massgeblichen Anstellungsbedingungen neu zu regeln. Die Möglichkeit, eine allgemeine Gehaltskürzung durchzuführen, soll vorbehalten bleiben in dem Ausmasse und für den Zeitpunkt, wie sie etwa für die Reichsangestellten durchgeführt wird.

SPD. Die Nationalsozialisten haben u.a. den Fememörder Heines in den Reichtag delegiert. Dazu schreibt der"Pressedienst der Zentrumspartei" neuerdings:

"Ist es nicht geradezu eine Schande für die deutsche Volksvertretung,dass eine solche Persönlichkeit überhaupt im "Hause des deutschen Volkes" sitzen kann, und dass sich eine Partei findet, die ihn wie einen Helden feiert? Müssen sich nicht die nationalsozialistischen Wähler sagen, dass man sie mit der Präsentierung eines solchen Mannes geradezu beleidigt hat?"

SÜD. Köln, 25.Oktober (Eig.Drahtb.)

Die "Rheinische Zeitung" schreibt: "Wir haben bisher über das Verhalten der Kommunisten bei der Alsderfer Katastrophe geschwiegen. Nachdem aber, wie zu erwarten war, die kommunistische Hetze gegen uns beginnt, stellen wir fest: kein kommunistischer Abgeordneter hat sich bisher ernsthaft um dieses Unglück gekümmert. Es waren die Abgeordneten Harsch (Zentrum) und Sollmann (Soz), die in die Unglücksgrube einfuhren und die Untersuchung überwachten. Der kommunistische Abgeordnete Sobottka renommierte inzwischen vor den Pressevertretern und gab "Aufklärungen" über die Ursache des Unglücks, ohne auch nur den Zechenhof, geschweige denn eine Sohle der Grube betreten zu haben. Nun erzählt er in der kommunistischen Presse, auch er habe einfahren wollen, aber - ein Polizeihauptmann habe ihn am Betreten der Zechengebäude gehindert. Ein pflichttreuer Volksvertreter in der Tat, der in einer solchen Stunde vor dem gestrengen Blick eines Schupomannes zurückweicht."

"Die beiden Abgeordneten, die eingefahren sind, haben sich dies nicht "gütigst gestatten" lassen, wie die kommunistische Presse nun lügt, sie haben sich das Betreten der Verwaltungsgebäude und die Einfahrt als selbstverständliches Recht genommen. Wenn Sobottka nur ein Tausendstel der "Energie", die er in Volksversammlungen zeigt, gegen einen Polizeimann aufgewendet hätte (Sobottka war im Kriege Feldgendarm), so würde er ebenso gut in die Grube haben einfahren können. Selbstverständlich wird nun geschwindelt,Sollmann habe das "Grubenkapital" in Schutz genommen. Jeder, der seinen Bericht gelesen hat,weiss dass er im Gegenteil die Meinung der Arbeiter hat zu Worte kommen lassen und ihre Auffassungen,und zwar als erste der Öffentlichkeit übermittelt hat."

SPD. Rio de Janeiro, 25.Okt. (Eig.Dr.)

Der von seinem Amt zurückgetretene brasilianische Staatspräsident Luis wurde auf Anordnung des dreiköpfigen Militärdirektoriums als Gefangener auf die Festung Capacabana gebracht. Luis Nachfolger, Prestes, der in drei Wochen sein neues Amt antreten sollte, ist von der Bildfläche verschwunden und verbirgt sich aller Wahrscheinlichkeit nach irgendwo im Bundesstaat Sao Paulo. Hier streckten die Bundestruppen erst in der Nacht zum Sonnabend die Waffen.

In einem Manifest des Direktoriums heisst es, dass der Umsturz in der Hauptstadt durch den Wunsch veranlasst wurde, weiteres Blutvergiessen zwischen den Brasilianern zu vermeiden. Der Umsturz in der Hauptstadt kam völlig überraschend und ohne Wissen der revolutionären Führer im Landesinnern. Inzwischen hat das Direktorium eine gemeinsame Konferenz sämtlicher revolutionären Truppenführer vorgeschlagen, die in der Hauptstadt des Landes stattfinden soll. Die Führer des Aufstandes im Landesinnern haben den Vorschlag angenommen.

SPD. Köln, 25.Oktober (Eig.Drahtb.)

Ein Arbeiter aus Menden bei Siegburg konnte dieser Tage auf das 40jährige Arbeitsjubiläum bei den Klöckner-Werken A.G. Abteilung Mahnstedt in Troisdorf zurückblicken. Die Firma überreichte dem Jubilar ein Geldgeschenk von 180 Mark und die - Kündigung.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat sich dem Beschluss des Reichskanzlers und der Reichsminister, nicht erst eine gesetzliche Herabsetzung der Bezüge abzuwarten, sondern bereits ab 1.November d.J. auf 20 % ihrer Gehaltsbezüge zu verzichten, angeschlossen und dementsprechend mit Wirkung vom 1.November d.J. dem Reichsfinanzminister 20% seiner Gehaltsbezüge zur Verfügung gestellt.

SPD. München, 25.Oktober (Eig.Drahtb.)

Hitler hat sich zum pazifistischen Paneuropäer bekehrt. Das ist die einzig positive Feststellung, die einer Erklärung von ihm an den Franzosen Gustav Hervé, veröffentlicht im "Völkischen Beobachter" zu entnehmen ist. Zunächst erkennt der "Verrückte Österreicher" mit dankbarer Freude das edle Bestreben an, das darin zu erblicken sei, dass ein französischer Politiker dem deutschen Volke eine gerechtere Beurteilung als bisher zuteil werden lasse. Die Anregung Hervés wäre aber an eine falsche Adresse gerichtet. Die richtige sei die französische Regierung selbst und vor allem die anderen Nationen, an der Spitze Amerika, die zu den Anregungen Hervés das Wort ergreifen müssten.

Etwas ausführlicher befasst sich Hitler nur mit einem einzigen Punkt, nämlich mit der Forderung des Abschlusses eines französisch-deutschen Militärbündnisses. Hierzu stellt er folgende zwei Fragen: Warum ist ein solches Bündnis abgeschlossen worden und gegen wen soll es sich richten? Mit dem Oelzweig Stresemännischer Verständigungspolitik erklärt dann Hitler wörtlich: "Ich halte die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa gerade dann für besonders wünschenswert und auch gesichert, wenn Frankreich und Deutschland zu einer wirklichen inneren Verständigung auf der Basis einer gleichen Zubilligung natürlicher Menschenrechte gelangen. Ich kann auf das bestimmteste versichern, dass die von mir vertretene Bewegung nicht beabsichtigt, ihre Hand zu einem Vorgehen zu reichen, das nur zu leicht geeignet erscheint, die Bildung des notwendigen Gleichgewichts der Kräfte in Europa zu verhindern und so den notwendigen Frieden der europäischen Nationen zu gefährden! Das von mir geführte und in der nationalsozialistischen Bewegung seinen Ausdruck findende junge Deutschland hat

nur den sehnlichsten Wunsch nach einer freundschaftlichen Verständigung mit den anderen europäischen Nationen, aber nicht den Wunsch nach Militärbündnissen!" Diese pazifistische Wandlung wird schliesslich noch bekräftigt durch die Feststellung: "Es scheint mir weniger wichtig zu sein, dass Deutschland aufrüstet als dass Frankreich abrüstet."

Mit besonderem Erstaunen liest man zum Schluss der Ausführungen Hitlers noch eine Wendung, mit der sich Hitler um die Frage der Kriegsschuld herumdrückt, nachdem er die gleiche Frage in jahrelangem Kampf bis zum heutigen Tag zu einer schamlosen Verhetzung und Vergiftung ausgenutzt hat. Jetzt auf einmal will er über dieses Thema nicht mehr diskutieren und zwar mit folgender Begründung: "Ich diskutiere nicht - weil auch gänzlich zwecklos - über die zu Unrecht behauptete Schuld Deutschlands am Kriege, aber ich erkläre vor aller Welt, dass das junge Deutschland keine Schuld am Kriege haben konnte und auch keine gehabt hat."

SPD. Rio de Janeiro, 25.Okt.(Eig.Drahtb.

Der Hapagdampfer "Baden" wurde am Freitag abend bei seiner Ausfahrt aus dem hiesigen Hafen, kurz nach dem Uebergang der Macht in die Hände der Aufständischen, von dem Küstenfort Capablanca aus beschossen. Der Bug des auslaufenden Schiffes wurde von einer scharfen Granate getroffen. 20 Personen wurden getötet 35 zum Teil schwer verwundet. Die Opfer sind spanische Auswanderer, die nach Buenos Aires reisen wollten.

Als die "Baden" getroffen war, machte sie sofort kehrt und fuhr mit der Flagge auf Halbmast in den Hafen ein. Die Reparatur des Schiffes wird mehrere Tage in Anspruch nehmen. Von den brasilianischen Amtsstellen wird erklärt, dass die Beschiessung des Schiffes auf eine Verkettung unglücklicher Umstände zurückzuführen sei.

SPD. Helsingfors, 25.Oktober (Eig.Drahtb

Am Sonnabend wurde in Helsingfors der stellvertretende Chef des Seeverteidigungsamtes verhaftet. Die Verhaftung erfolgte aller Wahrscheinlichkeit nach im Zusammenhang mit der Entführung des Expräsidenten Stahlberg. Eine amtliche Verlautbarung darüber lag jedoch bis abends noch nicht vor.

SPD. Saarbrücken, 25.Okt. (Eig.Drahtb.)

Am Sonnabend nachmittag gegen 3½ Uhr ereignete sich auf der bei Quierschied gelegenen Schachtanlage Maybach eine Schlagwetterexplosion, über deren Ausmass bis Sonnabend abend nähere Einzelheiten noch nicht vorlagen. Als sich die Katastrophe ereignete, waren gerade 90 Bergleute in den Schacht eingefahren Drei von ihnen konnten kurz nach der Explosion lebend, wenn auch mit leichteren Verletzungen, gerettet werden; 87 Bergleute befanden sich gegen Abend noch unter Tage. Rettungskolonnen versuchten sofort von zwei Seiten Hilfe zu bringen

---

SPD. Dortmund, 25.Oktober (Eig.Drahtb.)

In der Nacht zum Sonnabend kam es in Dortmund zu blutigen Zusammenstössen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Ein 16jähriger Beteiligter an den Zusammenstössen, der Mitglied der kommunistischen Jugendorganisation ist, erlag am Sonnabend im Krankenhaus der erlittenen schweren Schussverletzung. Insgesamt wurden 10 Personen verletzt. Die Nationalsozialisten gaben auf die Kommunisten nach den amtlichen Feststellungen nicht weniger als 25 Schüsse ab.

SPD. London, 25.Oktober (Eig.Drahtb.)

Am kommenden Dienstag beginnt nach dreimonatiger Sommerpause die neue Sitzungsperiode des englischen Parlaments. Wie üblich wird die Tagung durch eine Thronrede eingeleitet werden, die die wichtigsten Regierungsvorlagen aufzählt.

An erster Stelle stehen wiederum die Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrise. Es folgen Ankündigungen über die Agrarreform, die Notstandsarbeiten, die Kommunalisierung und Zusammenfassung der Londoner Verkehrsmittel und die neue Erhöhung des schulpflichtigen Alters, ferner über die Schulreform und vor allem über die Wiederherstellung der den Gewerkschaften im Jahre 1927 durch ein konservatives Ausnahmegesetz genommenen Rechte und Freiheiten. Damit wird die Regierung eine der dringednsten Forderungen des letzten Gewerkschaftskongresses und des Arbeiterparteitages erfüllen und ihr in Llandudno gegebenes Versprechen einhalten. Dass sich die Regierung hierzu die Stimmen der Liberalen sichern musste, ist selbstverständlich, denn ohne eine Parlamentsmehrheit wäre der Wunsch der Gewerkschaften nicht durchzusetzen.

Als Kompromissleistung scheint den Liberalen eine Reform des Wahlrechts zugestanden worden zu sein. Verschiedene Andeutungen lassen jedenfalls darauf sdhliessen, dass die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Liberalen über eine solche Reform abgeschlossen sind. In der Thronrede sollen für das englische Wahlverfahren die Einführung der Stichwahl und eine entsprechende, dem Parlament vorzulegende Gesetzesvorlage angekündigt werden. Da aber die konservative Mehrheit des Oberhauses gegen jede Wahlrechtsreform ist und gegen den Willen des Oberhauses selbst eine im Unterhaus angenommene Vorlage nicht zum Gesetz erhoben werden kann, ist das Schicksal einer Wahlrechtsreform vorläufig noch sehr ungewiss.

SPD. London, 25.Oktober (Eig.Drahtb.)

Dem konservativen Protest gegen die neue englische Palästina-Politik hat sich jetzt auch Lloyd George angeschlossen. Ebenso sandte General Smuts aus Südafrika ein Protesttelegramm an die Arbeiterregierung. MacDonald hat dieses Telegramm dahingehend erwiderte, dass die neue Politik keinerlei Bruch mit der vergangenen bedeuten solle. Auch in verschiedenen Kreisen der Arbeiterpartei hat die neue Mandatspolitik für Palästina verstimmend gewirkt.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Die Köpferoller bereiten sich vor...

Grosses nationalsozialistisches Waffenlager bei Dortmund entdeckt - Frau Baronin hilft das Dritte Reich einschiessen - Der Herr Förster hebt die Gewehrschlösser auf.

SPD. Im Sauerland, in dem die Nazis seit Wochen eine besonders rege Tätigkeit entfalten - eine Hetzversammlung der Hakenkreuzler jagt die andere - ist man rechtsradikalen Waffenschiebungen grösseren Umfangs auf die Spur gekommen. Es war den zuständigen Stellen schon seit einiger Zeit aufgefallen, dass die Nazis bei den fast täglichen Zusammenstössen, die sie im rheinisch-westfälischen Industriegebiet mit Kommunisten hatten, besonders leicht von der Schusswaffe Gebrauch machten. Bei Stichprobenrazzien in öffentlichen Versammlungen der NSDAP wurden häufig Leute festgestellt, die mit geladenen Brownings, aber auch mit Gewehrpatronen in der Tasche herumliefen und so die Sicherheit des Publikums aufs schwerste gefährdeten.

+

Beim Regierungspräsidium in Arnsberg ging kürzlich eine anonyme Anzeige ein, in der der Absender betonte, dass es ihm nicht möglich sei, seinen Namen zu nennen, da er sonst um Leib und Leben fürchten müsse. In dieser Anzeige wurden detaillierte Angaben über ein grosses Nazi-Waffenlager gemacht, das sich auf dem Gut eines gewissen Freiherrn von Landsberg-Vehler in Ahausen bei Vinnentrop im Sauerland befinden sollte. Der Besitzer ist kürzlich verstorben und das Gut in die Hände der Frau Baronin Wrede-Naschede übergegangen.

+

Am Sonnabend vormittag tauchte eine starke Abteilung der politischen Polizei plötzlich auf dem Gut auf, sperrte die Zugänge ab und nahm eine gründliche Durchsuchung vor. Das Ergebnis war überraschend. Nachdem man im Hause selbst und auf dem Gutgelände ohne Ergebnis nachgeforscht hatte, wurden die Beamten auf einen etwas abseits gelegenen Gutsspeicher aufmerksam. Als man ihn näher besichtigte, stiess man auf ein nationalsozialistisches Waffenarsenal. Es war das reinste Hakenkreuz-Zeughaus en miniature, das sich hier den Blicken der Beamten zeigte. In sechs Kisten verpackt, die mit der neckischen Aufschrift "Nicht stürzen, Glas!" versehen waren, wurden insgesamt 150 Gewehre, Modell 98 in äusserst gut erhaltenem Zustande vorgefunden. Die Schlösser waren aus den Gewehren entfernt worden und konnten trotz eifrigster Nachforschungen in dem Speicher und auf dem Nachbarsgelände nicht gefunden werden. Der tadellose Zustand der Gewehre lässt den begründeten Verdacht aufkommen, dass sie von einem Fachmann ständig betreut und gepflegt worden sind.

+

Die politische Polizei stattete darauf dem Privatförster des Gutes in Silbecke einen Besuch ab. Hier wurde das Rätsel der verschwundenen Gewehrschlösser gelöst. Ungemein raffiniert versteckt fanden sich in einem Winkel des Hauses 149 Gewehrschlösser, die, wie die Untersuchung ergab, zu den in dem Gutsspeicher aufgefundenen Gewehren gehörten. Auf dem Boden des Hauses lagerten ausserdem, fachmännisch verpackt, weit pber 7 000 Schuss Infanteriemunition, die anscheinend erst seit ganz kurzer Zeit auf dem Boden versteckt worden waren. Die stattliche Sammlung von Mordwerkzeugen und Schussmaterial, die wohl genügt hätte, um mit ihr einen kleinen Lokalputsch zu inszenieren, wurde beschlagnahmt und mit einem Lastkraftwagen zum Dortmunder Polizeipräsidium geschafft.

+ + +

Totenstille über Alsdorf.

SPD. Aachen, 25.Okt. (Eig.Bericht)

Die Erde hat sich über den 259 Toten von Alsdorf geschlossen. Von weit her waren ausser den Angehörigen der Toten Tausende und Abertausende zur Begleitung auf dem letzten schweren Schicksalsweg der verunglückten Bergleute zur Begräbnisstätte geeilt. Die Glocken, die während der umfangreichen und würdigen Bestattungsfeier läuteten, wurden im ganzen Reiche gehört. An die Rundfunkübertragung, die der Westdeutsche Sender in trauriger Pflichterfüllung in sein Programm eingeschaltet hatte, waren alle anderen deutschen Rundfunksender angeschlossen.

\+ + +

Als sich der Alsdorfer Trauerzug dem Friedhof näherte, war der Mittag herangekommen. Die Trauerklänge der Bergmannskapelle hallten weit über das Totenfeld. Der Kapelle folgten Abordnungen der Sanitäter, die in ihrer Pflichterfüllung in den vergangenen Tagen geradezu Ungeheuerliches, teilweise lebensgefährliche Arbeit geleistet hatten; dann kamen die Bergmannsabordnungen in Uniform und mit Fahnen und Kränzen - alle trugen eine mit Trauerflor umwundene Grubenlampe in der Hand. Ausser den zahlreichen Behördenvertretern waren Vertreter der sozialistischen Weltanschauung im Gefolge. Die Sozialdemokratische Partei, die Arbeiterwohlfahrt, der ADGB, der ADBB, die AFA, die grossen Werke des Aachener Wirtschaftsgebietes - alle hatten Delegierte entsandt. Die Bergarbeiterschaft hatte u.a. Husemann, den ersten Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes, delegiert dazu Abordnungen sämtlicher Zahlstellen des Bezirkes. Unter den Fahnen, die sich am Grabe senkten, sah man die der Bezirksorganisation der Bergarbeiter der Ruhr, der Saar, des Kölner Bezirks, des Siegerlandes, ferner die der holländischen und belgischen Bergarbeiter. Schliesslich hatten auch Reichsbanner, Freidenkerorganisationen und Sportvereine Vertreter entsandt.

Als die Trauerfeier in der Waschkaue der Grube Anna II beendet war bewegte sich der Hauptkondukt mit 118 Opfern langsam den neuen Alsdorfer Friedhof zu; die übrigen Opfer wurden in den Nachbarorten Schauffenberg und Kellersberg beigesetzt. Die brennenden Laternen aller Zufahrtsstrassen waren mit Trauerflor umhüllt. An den Seiten der Strassen stand schweigend eine vieltausendköpfige Menge in tiefer Ergriffenheit. Ein Flugzeug warf weisse Kränze ab. Als man die traurige Sarglast von den Lastautos nahm, liessen die Kapellen die Klänge des Chopin'schen Trauermarsches ertönen. Länger als eine Stunde mussten die Bergknappen in die Grüfte steigen, um die Särge einzubetten. Es war die traurigste Schicht, die das westdeutsche Kohlenrevier jemals erlebte. Als sie beendet war, klangen nicht, wie sonst beim Schichtwechsel, die Taglicht verheissenden Glocken am Förderturm, sondern laute Rufe des Schmerzes wehten, vom Wind getragen über das Feld: die Angehörigen traten an die Gräber, um ihren Lieben ein letztes Lebewohl zuzurufen und noch einen Kranz oder ein paar Blumen auf den Sarg zu legen. Abschiedsblumen...

Noch einmal Trostworte der Geistlichen. Noch einmal Choräle. Noch einmal Trommelwirbel.

\+ + +

Zeugenvernehmung im Spritprozess. Im Kösliner Spritschmuggelerprozess sind 26 Angeklagte vernommen worden; sie waren sämtlich geständig. Die Angeklagten Grewe und Wardega gaben zu, kurz nach Neujahr 1930 mit einem Kutter in die finnischen Gewässer der Ostsee gefahren zu sein und von dem Dampfer "Buwen", der unter falscher griechischer Flagge segelte, 180 weisse Kanister Sprit übernommen zu haben. Der Sprit wurde in Booten an Land gebracht und von den Angeklagten Zander und Peglow unter einer Heumiete versteckt. Später wurde der Sprit mit einem Fuhrwerk von der Miete abgeholt, und nach Berlin transportiert, wo der Hauptangeklagte Baschkin pro pro Liter etwa 4 Mark für ihn zahlte

\+ + +

Gertrud Frenzel immer unglaubwürdiger. Der Frenzel=Prozess in Potsdam ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Ein Zeuge aus Maltershausen hat ausgesagt,dass ihm Gertrud Frenzel Mitteilungen gemacht habe,nach denen sie an einer unglücklichen Liebe leide: der Geliebte,zu dem sie in nahen Beziehungen stehe, sei ein Pfarrer. Ein anderer Zeuge stellte fest,dass sich Gertrud Frenzel in Maltershausen halbe Nächte lang herumgetrieben habe. Die Briefe ihres geistlichen Freundes habe sie stets mit grösster Spannung erwartet. Diese Mitteilung,die im Widerspruch zu den früheren Aussagen der Gertrud Frenzel stehen, veranlassten das Gericht, das junge Mädchen nochmals zu laden.Die Gegenüberstellung mit den erwähnten Belastungszeugen wird Mitte der Woche erfolgen.

Der Staatsanwalt hat im Laufe der Sonnabendvernehmung Gertruds bisherige Aussage in einem bestimmten wesentlichen Punkte ebenfalls für unglaubwürdig gehalten. Auf die Frage des Vorsitzenden erklärte Gertrud am Sonnabend,dass sie nicht mehr die Prozessberichte in den Zeitungen lese. Später erklärte sie dagegen: "Was gestern von den Zeugen ausgesagt worden ist,das stimmt nicht!" Als der Vorsitzende nun fragte,warum sie wisse, wer am Freitag vernommen worden sei,musste sie zugeben,dass sie die Prozessberichte in den Zeitungen zwar selbst nicht lese, sie sie aber von ihrem Vormund, dem Dr. Stappenbeck in Potsdam, vorgelesen bekäme... – Die weitere Zeugenvernehmung am Sonnabend beschäftigte sich mit den Vorgängen in Fürstenwerde in Mecklenburg, um deretwillen Frenzel seinerzeit mit verurteilt worden ist. Gertrud Frenzel blieb bei ihrer Darstellung, die der Staatsanwalt neuerdings selbst nicht mehr als restlos glaubwürdig zu halten vermag.

Zu heftigen Szenen kam es schliesslich bei der Vernehmung des Pfarrers Schenk, der, vom Verteidiger Dr.Brandt nach wichtigen Einzelheiten seines Privatlebens befragt, die Aussagen verweigern wollte. Auf Anordnung des Vorsitzenden musste Pfarrer Schenk jedoch seine Aussage machen...

\+ + +

Der Halberstädter Prozess. Die Sonnabend=Sitzung im Nachterstedter Mordprozess bedeutete insofern eine weitere Entlastung für den Angeklagten Koch, als seine Frau, auf deren Beschuldigungen die Anklage basiert,durch verschiedene Bekundungen sehr belastet wird. Frau Koch soll wiederholt zu Dorfbewohnern gesagt haben: "Hätte ich doch bloss nicht geschworen,aber der Kriminal=Kommissar hat mich ganz verwirrt gemacht". Die Verteidigung gab fernerhin bekannt, dass sie ein von Einwohnern des Dorfes Hoym unterzeichnetes Schreiben erhalten habe, demzufolge Frau Koch zu einer anderen Dorfbewohnerin, die von ihr ein Darlehen von 500 Mark zurück verlangte, erklärt habe,sie solle nur warten, wenn "alles klappe", würde sie im Herbst zu ihrem Gelde kommen.Schliesslich wurde auch die Schwägerin des Angeklagten vernommen,die aussagte,dass Frau Koch einmal unter Tränen die Versicherung abgegeben habe,dass sie beschwören könne, dass ihr Mann am 18. und 19.Februar überhaupt nicht aus dem Hause gekommen sei. Ein andermal soll Frau Koch wieder in Anwesenheit der Schwägerin während eines ehelichen Streites ihrem Manne zugerufen haben: "Wenn ich nur wüsste, dass ich die 11 000 Mark Belohnung bekäme, dann machte ich etwas anderes. Dann kämst Du mir nicht wieder ins Quartier, Du Ekel!" Der Ehemann der Zeugin bestätigt diese Aussagen.

\+ + +

Neues Alsdorf=Opfer. Der Tod, der in Alsdorf schon so reiche Ernte gehalten hat, forderte ein neues Opfer.Die Frau des tödlich verunglückten Steigers Bartels vermochte das Leid ihres Verlustes nicht zu überwinden und starb vor Gram über den Tod ihres Gatten.

\+ + +

Scherz mit Todesfolge. Im "Scherz" legte in Frankfurt/Main ein Wächter der Wach= und Schliessgesellschaft den Revolver gegen die 3jährige Lieselotte Schmitz an,wobei plötzlich ein Schuss losging, der das Kind in den Kopf traf. Das Kind erlag seinen Verletzungen.

+ + +

Beschlagnahmter Sprit=Funk. In Brooklyn (USA) wurde eine geheime Sprit= schmuggler=Funkstation ausgehoben. Die Gesellschaft, für die sie arbeitete, besitzt eine Flotte von 12 Schiffen und ein Barvermögen von 15 Millionen Dollar

+ + +

Eine Woche Todesschreck. Die 7=jährige Kathleen Taylor aus Bristol (Eng= land) erzählte ihrer Mutter,wie sie zwei Spielgefährten, ein 4 jähriges Mäd= chen und einen 5 jährigen Jungen, die bereits seit einer Woche vermisst wurden, im Fluss habe ertrinken sehen. Die beiden Kinder seien plötzlich verschwunden; Kathleen erzählte,wie sie nur noch bemerkt habe, wie einige kurze Augenblicke lang eine Hand aus dem Wasser tauchte. Der Schreck war dem Mädchen so in die Glieder gefahren, dass es erst eine Woche nach dem Unglück seiner Mutter von dem furchtbaren Erlebnis Mitteilung machte.

+ + +

Freitod durch Essigessenz. Ein 28=jähriger Arbeiter in Lodz beendete sein Leben, indem er mehrere Flaschen Essigessenz austrank. Der Arbeiter verstarb unter furchtbarsten Qualen. Motiv der Tat: Arbeitslosigkeit.

+ + +

Einbrecherpech. In London versuchte eine Einbrecherbande den Geldschrank des Inhabers eines Modesalons in der Butlerstreet aufzubrechen. Als das müh= selige Werk gelungen war, betrug die Beute nicht mehr als drei Schillinge.

+ + +

Die Kathedrale als Planetarium. Die grosse St.Isaac=Kathedrale in Le= ningrad soll in ein "Museum gegen die Religion" umgewandelt werden. In die grosse Kuppelwölbung des Gebäudes soll ein Planetarium eingebaut werden,während man das Hauptschiff für atheistischen Filmvorstellungen verwenden will.

+ + +

Zu Tode gekratzt. In Cubitt Town (England) wurde ein 13 Monate altes Kind von einer Katze so unglücklich gekratzt, dass es drei Tage darauf an einer Blutvergiftung starb.

+ + +

Explosion im Feuerherd. Ein völlig ungeklärtes Explosionsunglück ereig= nete sich in Albi (Südfrankreich). Als eine dort wohnende Italienerin in ihrem Herd Feuer anmachen wollte, flog der Herd unter furchtbarer Detonation in die Luft. Die Italienierin wurde schwer verletzt, ihr Kind getötet; dem Ehemann wurden beide Hände abgerissen.

+ + +

Eine Leiche geangelt. Eine grausirge Angelbeute machte ein polnischer Land= mann beim Fischfang in einem in der Nähe von Petrikau gelegenen See. Der Ang= ler zog aus dem Wasser die Leiche eines 16=jährigen Schneiderlehrlings,der zwei Wochen vorher Selbstmord begangen hatte.

+ + +

100000 Francs für einen Arm. In Paris wurde der Besitzer eines Lastautos zur Zahlung von 100 000 Francs Schadenersatz verurteilt.Der Chauffeur des Wa= gens hatte ein 10jähriges junges Mädchen überfahren. Infolge des Unfalls musste dem jungen Mädchen ein Arm amputiert werden. Der Chauffeur selbst ist zu einer 2=wöchigen Gefängnisstrafe verurteilt worden.

Gewerkschaftliche Rundschau

Was hilft, ist gut.

Zum preussischen Arbeitsbeschaffungsprogramm.

SPD. Der Vorstoss Preussens zur Entlastung des Arbeitsmarktes auf dem Weg systematischer Arbeitsbeschaffung kommt zur rechten Zeit. Im Reich scheint man nach der vor den Wahlen erfolgten Vergebung grösserer Aufträge durch die Reichsbahn und die Reichspost sowie auf dem Gebiet des Wohnungswesens wenig Lust zu haben, in der Frage der Arbeitsbeschaffung noch einmal einen Schritt zu unternehmen. Die massgebenden Stellen scheinen etwas entmutigt zu sein. Sie setzen ihre ganze Hoffnung auf die Preis- und Lohnabbauaktion. Unter diesen Umständen ist die Initiative Preussens ganz besonders zu begrüssen. Preussen appelliert in der Arbeitsbeschaffungsfrage zunächst an das Reich. Hoffentlich stösst sein Appell bei den Reichsstellen nicht auf taube Ohren.

In der Frage der Arbeitsbeschaffung muss etwas geschehen. Die Reichsstellen müssen an ihre Pflicht erinnert werden. Schon als der Finanz- und Sanierungspla der Reichsregierung veröffentlicht wurde, ist bereits in der öffentlichen Kritik hervorgehoben worden, dass in diesem Plan eigentlich das Wichtigste, nämlich die Arbeitsbeschaffung, fehle. Im Reichsarbeitsministerium bezeichnete man diese Rüge für ungerechtfertigt, weil sie eine Würdigung der Schwierigkeiten, die der Arbeitsbeschaffung im Weg stehe, vermissen lasse. Die Oeffentlichkeit mache sich keine rechte Vorstellung davon, wie schwierig es z.B. für das Reich gewesen sei, einen Ueberbrückungskredit von 500 Millionen Mark zu bekommen. Erst wenn die Finanzen der öffentlichen Körperschaften wieder in Ordnung seien, wenn die deutsche Wirtschaft wieder festen Boden unter den Füssen habe und das allseitige Vertrauen der deutschen Staatsführung wieder hergestellt sei, könne man über ein weiteres grösseres Arbeitsbeschaffungsprogramm sprechen. Bis dahin beruhten alle Vorschläge und Anordnungen meist auf einer Verkennung des Möglichen.

Mit dieser Hervorkehrung der Schwierigkeiten der Arbeitsbeschaffung kann unmöglich auch der Appell Preussens abgetan werden. Die preussischen Forderungen rollen keine unlösbaren Finanzfragen auf. Was Preussen fordert, sind weniger schwer zu finanzierende öffentliche Arbeiten, sondern vor allem sozialpolitische Massnahmen, um dem festgefahrenen Arbeitsmarkt wieder Luft zu schaffen. Preussen verlangt Verkürzung der Arbeitszeit zur Verhütung von weiteren Entlassungen, Verlängerung der Schulzeit, Abbau des Kontingents ausländischer Landarbeiter und Milorationsarbeiten. Es handelt sich hier, wie gleich von vornherein betont werden soll, nicht um ein Allheilmittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, sondern nur um Hilfsmassnahmen - aber unzweifelhaft um sehr beachtliche Möglichkeiten zur Eindämmung des Arbeitslosenelends.

Unüberwindlich sind die der Durchführung des preussischen Programms im Wege stehenden Hemmnisse nicht. Das Ausländerkontingent, das alles in allem zur Zeit tatsächlich noch 110 000 bis 130 000 Mann stark ist, kann um 100 000 Mann gekürzt werden. Die Einwände der Agrarier, dass die Polen nicht zu entbehren seien, weil für besonders harte und aufreibende Feldarbeit deutsche Arbeitskräfte nicht zu bekommen seien, ist heute nicht mehr stichhaltig. Schon im vergangenen Jahr hätte das Ausländerkontingent um mindestens 50 000 Arbeitskräfte gekürzt werden müssen. Die Agrarier waren sicherlich selbst davon überrascht, dass sie im letzten Jahr bei der Kontingentfestsetzung so gut weggekommen sind.

Schwieriger als die Saisonarbeiterfrage ist die Frage der Verlängerung der Schulzeit. Die Gewerkschaften fordern schon seit langem die Verlängerung. Auch ihnen ist nicht unbekannt, dass damit Kosten verbunden sind. Allein die Not der Stunde zwingt dazu, dass endlich einmal auch mit der Verlängerung der Schulzeit und der damit verbundenen Entlastung des Arbeitsmarktes ein Anfang gemacht wird. Dass die minderbemittelte Bevölkerung bei einer Verlängerung der Schulzeit eine gewisse Unterstützung braucht, liegt auf der Hand; denn die kinderreichen Eltern verlieren den Lohn des jugendlichen Arbeiters, der, wenn er auch noch so gering war, immerhin eine Verbesserung des Familienbudgets bedeutete. Die Kosten für eine Unterstützung kinderreicher armer Eltern bei Verlängerung der Schulpflicht sind nicht unerschwinglich. Mit 12 bis 20 Millionen kann diese Unterstützung bewerkstelligt werden. Die Gemeinden - das ist kein Geheimnis - würden es lieber sehen, wenn man im Augenblick von einer Verlängerung der Schulpflicht absähe; sie fürchten, dass die Bereitstellung von Schulräumen und Werkstätten neue Kosten verursacht und den Etat belastet. Allein aus diesen Gründen darf unmöglich die Durchführung der Verlängerung der Schulpflicht von vornherein vereitelt werden. Es muss immer wieder im Auge behalten werden, dass die Arbeitslosigkeit auch Geld kostet, - auch den Gemeinden. Selbstverständlich kann das Reich nicht den Ländern und Gemeinden einfach neue Pflichten auferlegen, ohne die damit verbundenen Kosten mindestens, wie vorgesehen, bis zu einem Drittel zu tragen.

In der Frage der Arbeitszeitverkürzung ist das preussische Programm etwas zu zahm. Wir brauchen nicht nur eine Arbeitszeitverkürzung um Entlassungen zu verhüten, sondern um Neueinstellungen zu ermöglichen. Auch mit der Arbeitszeitverkürzung können nicht gleich Wunder gewirkt werden. Arbeitszeitverkürzung und Neueinstellungen sollen ja nicht kommandiert werden. Kommen sie aber nicht durch Verständigung, dann wird die Not sie erzwingen. Vorschauende Politik tut rechtzeitig, was doch kommen muss.

Wird das preussische Programm im Sinne der Gewerkschaften durchgeführt, d.h. zwar unter Berücksichtigung aller Schwierigkeiten, Kosten usw. aber auch so energisch wie möglich, dann kann mindestens eine Million Menschen wieder in Arbeit kommen. Wir sagen damit nicht zu viel, denn es liegt uns fern, Illusionen zu erwecken. Die Vorschläge der Gewerkschaften, die zum grössten Teil im preussischen Programm ihren Niederschlag gefunden haben, sind jedoch keine Illusionen. Sie sind auf alle Fälle eine wirksame Hilfe gegen die Arbeitslosennot und was hilft, ist gut.

SPD. Die freien Gewerkschaften wurden in jüngster Zeit wiederholt wegen ihrer Haltung in der Reparationsfrage von Organen der Christen angegriffen. Das wäre weiter nicht schlimm. Schlimm ist nur, wenn solche Angriffe nur durch Verleumdungen interessant und pikant gemacht werden können. So hat eine Zeitschrift der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner es fertig gebracht, den französischen Minister Herriot als "Sozialist" zu bezeichnen um danach folgenden Ausspruch von ihm zu zitieren: "Es ist besser, die deutschen Arbeiter bezahlen den Krieg als die französischen."

Eine bequeme Methode, die Sozialdemokraten herunterzumachen. Man stempelt einfach Herriot zum Sozialisten, obwohl er es nie war, um den deutschen Arbeitern damit sagen zu können: Da seht ihr, auch die französischen Sozialdemokraten sind der Meinung, dass ihr gerade gut genug seid, die Kosten des Krieges zu bezahlen.

Ist es denn so schwer, bei der Wahrheit zu bleiben?

Wirtschaft Technik Handel

Der Kampf um die Beratungsstelle.

Vor den Beschlüssen der Länderkonferenz.

SPD. Der Kampf um die Beratungsstelle ist in ein akutes Stadium getreten, da diese Einrichtung nur provisorisch bis zum November verlängert worden ist. Die neuen Richtlinien, die das Reichsfinanzministerium für die künftige Tätigkeit der Beratungsstelle im Juli dieses Jahres veröffentlicht hat, und deren Entwurf nunmehr in revidierter Form der Länderkonferenz vorgelegt werden wird, sollen die Grundlagen für die Behandlung der kommunalen Anleihepolitik bis zum 1. April 1934 abgeben.

Der vom Reichsfinanzministerium veröffentlichte erste Entwurf dieser Richtlinien hatte mit Recht bei den Kommunen und den Kommunalverbänden einen Sturm der Entrüstung erregt. Der Kern der neuen Richtlinien besteht darin, den Kontrollapparat für das kommunale Anleihewesen nicht nur nicht zu beseitigen, auch nicht einmal ein wenig zu lockern, sondern im Gegenteil ganz ausserordentlich zu verschärfen. Künftig sollen nach diesen Richtlinien nicht nur wie bisher die kommunalen Auslandsanleihen, sondern auch die Inlandsanleihen kontrolliert werden, und neben den langfristigen auch die kurzfristigen Anleihen, ja sogar die kommunalen Versorgungsbetriebe, die eine eigene Rechtspersönlichkeit als Aktiengesellschaft etc. darstellen, sollen in die Kontrolle mit einbezogen werden. Bei der Durchführung derartiger Richtlinien muss ganz zwangsläufig die freie Entwicklung der deutschen Kommunen und der öffentlichen Wirtschaft, die sich ja im wesentlichen doch in den Gemeindebetrieben verkörpert, unterbunden werden.

Eine ganz besonders gefährliche Bestimmung der neuen Richtlinien muss darin gesehen werden, dass künftig Inlands- wie auch Auslandsanleihen nur zu "werbenden Zwecken" aufgenommen werden dürfen, d.h. also, für wirtschaftliche Zwecke die eine unmittelbare Rentabilität sichern. Danach wäre es also künftig für die Kommunen unmöglich, Anleihen für den Bau von Schulen, Krankenhäusern und anderen sanitären Einrichtungen, ja nicht einmal für den Ausbau ihres Verkehrswesens aufzunehmen.

Der Deutsche Städtetag hat jetzt wenige Tage vor den Beratungen, die der eigens hierzu gebildete Unterausschuss der Länderkonferenz über den neuen Entwurf des Reichsfinanzministeriums abhalten wird, nochmals in letzter Stunde durch seinen Präsidenten Dr. Mulert vor den Folgen dieser Zwangspolitik gegen die Gemeinden gewarnt. Auch mit dem abgeänderten Entwurf der Richtlinien kann sich der Deutsche Städtetag keineswegs einverstanden erklären. Präsident Dr. Mulert kritisierte vor der Oeffentlichkeit die Tatsache sehr scharf, dass das Reichsfinanzministerium es nicht für nötig befunden habe, die Kommunen vor der Uebersendung des Entwurfes an die Länder die Kommunen überhaupt zu hören. Dieses Vorgehen muss in der Tat umso merkwürdiger berühren, als seinerzeit im Juli eine vorherige Fühlungnahme mit den Vertretern der Gemeinden ausdrücklich zugesagt worden war. Auch die Tatsache muss sehr seltsam berühren, dass die Kommunen über den Inhalt des neuen Entwurfes erst in zwölfter Stunde informiert worden sind.

Die Kritik Dr. Mulerts an dem neuen Entwurf der Richtlinien geht dahin, dass die Selbstverwaltung der Gemeinden durch den Umfang der Kreditkontrolle

auf eine unerträgliche Art beschränkt wurde. Die deutschen Städte könnten den Beweis liefern, dass ihre seit einem Jahr eingereichten Kreditausschüsse ganz ausgezeichnet funktioniert hätten, und dass besonders die Selbstdisziplin hervorgehoben werden muss, die die Kreditausschüsse damit bewiesen hätten, dass sie die grosse Anleihekonjunktur im Frühjahr dieses Jahres trotz ihres Anleihebedarfes im Interesse der Allgemeinheit nicht für sich ausgenutzt haben.

Ferner müssen die Kommunen nach den Aeusserungen des Präsidenten des Deutschen Städtetages es als eine Brüskierung auffassen, dass lediglich in der Beratungsstelle für Inlandsanleihen ein Vertreter der Kommunen Sitz und Stimme erhalten soll, nicht aber in der Beratungsstelle für Auslandsanleihen.

Der Deutsche Städtetag begnügt sich aber nicht allein mit einer negativen Kritik an dem Entwurf des Reichsfinanzministeriums, sondern ist jetzt mit einem Gegenprogramm an die Oeffentlichkeit getreten, das die grundsätzliche Stellungnahme der Kommunen zu ihrer künftigen Kreditpolitik umreisst.

Danach würde sich der Deutsche Städtetag mit der Einrichtung der Beratungsstelle für Auslandsanleihen unter der Bedingung abfinden, dass seine Gegenvorschläge betreffs des inländischen Anleihemarktes angenommen werden. Der Deutsche Städtetag muss aber darauf bestehen, dass ein kommunaler Vertreter dann auch in der Beratungsstelle für Auslandsanleihen Sitz und Stimme erhält. Die Gegenvorschläge des Deutschen Städtetages für die künftige Anleihepolitik auf dem Inlandsmarkt sind im wesentlichen folgende:

1.) Die von den Städten, kommunalen Giroverbänden oder Kreditanstalten geplanten Inhaberanleihen auf dem Inlandsmarkt unterliegen vor der Genehmigung durch die Landesregierung der Begutachtung durch kommunale Kreditausschüsse. Es soll der Kreditausschuss des Deutschen Städtetages die geplanten Anleihen der Städte, und ein Kreditausschuss der öffentlichen kommunalen Kreditanstalten die Anleihevorhaben dieser Institute begutachten. Die kommunalen Spitzenverbände sollen dahin wirken, dass Anleiheanträge von den anleihesuchenden Stellen nicht weiter verfolgt werden, sofern sie nicht durch die Kreditausschüsse befürwortet werden.

2.) Die Zusammensetzung der Kreditausschüsse soll derart erfolgen, dass der Kreditausschuss des Deutschen Städtetags aus Vertretern der angeschlossenen Kommunen und einen Vertreter der Deutschen Girozentrale - Deutsche Kommunalbank besteht. Ausserdem sollen an den Beratungen der Kreditausschüsse je 1 Vertreter des Reichsfinanzministeriums, des Reichsbankdirektoriums und der zuständigen Landesregierung teilnehmen.

Diese positiven Gegenvorschläge des Deutschen Städtetages dürften bei den entscheidenden Beratungen, die der Unterausschuss der Länderkonferenz in der kommenden Woche abhält, eine wesentliche Rolle spielen.

SPD. Mit dem skandalösen Beschluss des Ostelbischen und Mitteldeutschen Braunkohlensyndikats, die Preise für Industriebriketts um 60 Pfennige je Tonne zu ermässigen, dagegen die Preise für Hasbrandbriketts auf ihrer jetzigen Höhe zu lassen, haben die Syndikatsherren ihr wahres Antlitz gezeigt. Die Leiter der Kohlenkonzerne in diesen Revieren, die auf eine vierjährige Glanzkonjunktur mit Riesenprofiten zurückblicken können, denken nicht daran, durch eine allgemeine Senkung der Hausbrandpreise die Massenkaufkraft zu stärken, sondern sie versuchen sich mit der ganz kümmerlichen Abschlagzahlung einer geringfügigen Ermässigung der Industriebrikett=Preise der allgemeinen Preissenkungsaktion zu entziehen.

Wenn je der Fall "unwirtschaftlicher Preisbindungen" gegeben ist, dann hier. Es ist die Pflicht der Regierung und der Kohlenwirtschaftsorgane, diesen Schlag gegen die Gross=Berliner Bevölkerung, die fast ausschliesslich ihr Hausbrandmaterial aus diesen Revieren bezieht, zu parieren. Dass die Reichsregierung diese skandalösen Vorgehen der Braunkohlenmagnaten nicht tatenlos zusehen will,

scheint daraus hervorzugehen, dass sich das Reichskabinett am Sonnabend mit der Preisfestsetzung für Hausbrandbriketts beschäftigt hat. Es ist also zu erwarten dass in dieser Frage noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

SPD. Das amerikanische Kupferkartell hat jetzt unter dem starken Druck der Lohnhütten in den Vereinigten Staaten die Kartellpreise für Elektrokupfer von 10,3 auf 9,8 Cents je Pfund herabgesetzt. Die Ermässigung dürfte sich auf dem deutschen Markt in einem Umfang von 6 % geltend machen. Bei dem enormen Kupferverbrauch der metallverarbeitenden Industrie in Deutschland, besonders der Elektroindustrie, wird dieser Preisabbau für Kupfer, der nunmehr seit länger als 1½ Jahren anhält, eine weitere wesentliche Senkung der Gestehungskosten zur Folge haben-.

SPD. Das Rheinisch=Westfälische Elektrizitätswerk, der grösste gemischt=wirtschaftliche Stromerzeugungs=Konzern in Westdeutschland, wird auf Grund der zum 1.Dezember eintretenden Preissenkung für Ruhrkohle eine entsprechende Ver=billigung der Stromtarife vornehmen. Ueber das Ausmass der Tarifsenkung sind nähere Einzelheiten noch nicht bekannt.

SPD. Der jetzt vorliegende Ausweis der Reichsbank vom 23.Oktober lässt erkennen, dass die Reichsbank in der dritten Oktoberwoche den Valutasturm endgültig überwunden hat. Die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln, Schecks, Lombards und Wertpapieren hat sich in der Berichtswoche um 133,1 Millionen auf 2102,6 Millionen Mark vermindert. Im einzelnen sind die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 128,3 auf 1938,6 Millionen Mark und die Lom=bardbestände um 4,8 auf 61,6 Millionen zurückgegangen. Bestände an Reichs=schatzwechseln sind nicht vorhanden.

In die Kassen der Bank sind 224,1 Millionen an Reichsbanknoten und Ren=tenbankscheinen zusammen zurückgeflossen. Der Umlauf an Reichsbanknoten hat sich um 208,1 auf 3980,7 Mill. vermindert. Die fremden Gelder zeigen mit 419,9 Mill. eine wesentliche Zunahme um 64,4 Mill. Mark. Am bemerkenswertesten ist der Gold- und Devisenausweis der Bank. Insgesamt sind die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen um 11,4 auf 2342,9 Mill. zurückgegangen. Hiervon haben sich im einzelnen die Goldbestände um 0,1 Mill. auf 2180,4 Mill und die Bestände an deckungsfähigen Devisen eine Abnahme um 11,3 auf 162,5 Mill. aufweisen. Die Notendeckung durch Gold allein stieg in der Berichtswoche von 52,1 auf 54,8% und die Deckung durch Gold und deckungsfähige Devisen von 56,2 auf 58,9%.

Die Krisis auf dem Devisenmarkt ist also, das zeigt dieser Ausweis der Reichsbank deutlich, im wesentlichen überwunden. Eine gewisse Klärung der Ver=hältnisse liess sich schon in dem vorhergehenenden Wochenausweis vom 15.Okto=ber erkennen, wo bereits eine kleine Devisenzunahme festzustellen war. Dage=gen stellte sich der Goldabfluss in der Vorwoche noch auf über 262 Mill.Mark, der nunmehr völlig zum Stillstand gekommen ist.

Termin-Roggen schwächer = Weizen weiter nachgebend.

(Berliner Getreidebörse vom 25.Oktober)

SPD.An der Berliner Produktenbörse vom Sonnabend war die Stimmung für Roggen merklich abgeschwächt,da man die Aussichten für den Beimahlungszwang wieder ungünstiger beurteilt. Die Notierungen am Markte der Zeitgeschäfte waren 1 bis 2 Mark niedriger. Im Handel mit effektiver Ware konnten sich die Preise einigermassen halten, da das Angebot nicht gross und keineswegs dringlich war. Sehr umfangreiche Offerten lagen dagegen in Weizen aus allen Gegenden Deutschlands vor. Da indessen die Mühlen infolge des unverändert schleppenden Mehlgeschäfts nur sehr vorsichtig kauften, konnten sich die Weizenpreise nicht halten. Am Markte der Zeitgeschäfte eröffneten sie um 3 bis 4 Mark niedriger und auch im Handel mit prompterWare liessen sich Verluste ähnlichen Ausmasses feststellen. Das Mehlgeschäft gestaltete sich weiter sehr ruhig.Für Weizenmehl waren die Forderungen der Mühlen um 25 Pfennig ermässigt, für Roggenmehl unverändert. Jedoch fanden nur die billigsten Roggenmehle einige Beachtung. Hafer hatte stetige Tendenz bei geringfügigem Umsatz.

Aus Anlass der Beisetzungsfeierlichkeiten für die Opfer der Alsdorfer Bergwerkskatastrophe herrschte an der Sonnabend-Börse zwischen 12 und 12.05 Uhr vollkommenes Schweigen. Jede Geschäftstätigkeit und jede sonstige Betätigung ruhten auf einen Glockenschlag hin vollständig.

	24.Oktober	25.Oktober.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	221 - 223	219 - 221
Roggen	146 - 148	146 - 148
Braugerste	184 - 210	184 - 210
Futter- und Industriegerste	165 - 176	165 - 176
Hafer	141 - 152	141 - 152
Weizenmehl	27,00-35,00	26,75-34,75
Roggenmehl	23,50-26,50	23,50-26,50
Weizenkleie	7,25- 7,75	7,25- 7,75
Roggenkleie	6,75- 7,25	6,75 - 7,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 235 (Vortag:-) Dezember 240 - 241 (244), März 256 - 257 (258½), Roggen Dezember 169-168¼-169½ (170), März 186½-187 (188½), Hafer Dezember 156½ (157½), März 168½ (-),

---

SPD. Die Konzentration im deutschen Lokomotivbau hat offenbar noch nicht ihren Abschluss erreicht. So sind jetzt die Verhandlungen zwischen den beiden Münchener Lokomotivunternehmungen I.A.Maffei und der Lokomotivfabrik Krauss & Co. A.G. über eine Verschmelzung der beiden Unternehmungen zum Abschluss gelangt. Der Zusammenschluss dieser beiden Gesellschaften ist im Interesse der Gesundung des Lokomotivbaus zu begrüssen, da trotz der zahlreichen Betriebseinstellungen und Verschmelzungen der Lokomotivbau in Deutschland immer noch als stark übersetzt gelten muss.

Buttermarkt.

SPD.Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 25.Okt.:I. 142 Mark, II.130 Mark, III. 114 Mark je Zentner.Tendenz fest.